

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST



Nr. 28

Dienstag, 20. März 1990

10 Pfennig

Gegen kapitalistische Wiedervereinigung

Verteidigt die Errungenschaften unseres Arbeiterstaats!

Die verhängnisvollen Volkskammerwahlen vom 18. März bringen die sozialen Errungenschaften und die Existenz der DDR in Lebensgefahr. Die starke Abstimmung für eine Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westdeutschland bedroht die Lebensbedingungen und die Sicherheit von Millionen Menschen.

Mit dem Rücken zur Wand werden die Werktätigen sich in Verteidigungskämpfe hineingezwungen sehen. Und die Mobilisierung der enormen Kraft der Arbeiterklasse kann der Anschlußkampagne einen Riesenstein in den Weg legen. Denn schwerwiegende Fragen wie die Existenz eines Arbeiterstaates werden nicht durch Stimmzettel in einer Wahlurne entschieden werden.

Die Beinahe-Mehrheit der rechten „Allianz für Deutschland“, gekauft und bezahlt von Kohls West-CDU, wird die Kräfte stärken, die für einen schnellen Anschluß an die BRD mobilisieren. Die SPD wurde mit 20 Prozent entscheidend geschlagen. Es war eine Abstimmung für die DM, und viele haben zweifellos überlegt: wozu für den sozialdemokratischen Handlanger stimmen, wenn man den Bankier mit dem Geld in der Tasche kriegen kann.

Die PDS verlor ihre Arbeiterbasis, erwachte aber mit 17 Prozent wieder aus dem Scheintod. Doch weit davon entfernt, dem Drang zur Auflösung der DDR zu widerstehen, organisierten diese stalinistischen Überbleibsel den Ausverkauf. Ihre Knierutscher-Politik faßten sie in einem Rostocker Aufkleber zusammen: „Wir sind ein Volk. 1:1“. Anders ausgedrückt, „ein Volk, ein Reich, eine DM“?

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands war die einzige Partei, die kategorisch gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Stellung bezog. Wir stellten Kandidaten in Berlin, Halle, Leipzig und Rostock auf und erhielten 0,06 Prozent der Stimmen in diesen Bezirken (2396 Stimmen). Für verschiedene linke Satelliten der PDS, die vor dem Drang nach einem DM-Anschluß kapitulierten, hat sich der Opportunismus nicht bezahlt gemacht.

Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß die Wahlen am 18. März eine durch die imperialistische Einschüchterungskampagne verzerrte Volksabstimmung über das Schicksal der DDR war. Die Verantwortung für die schicksalsschweren Ergebnisse liegen direkt in Gorbatschows Verantwortung, dessen stalinistische Politik der Besänftigung des Imperialismus die aggressivsten Kalten Krieger und großdeutschen Revanchisten gestärkt hat, die die Urteile der Geschichte zurückdrehen wollen.

Als im letzten November bis zu einer Million Menschen

auf den Berliner Alexanderplatz strömten, waren sie für eine Demokratisierung dieses bürokratisch deformierten Arbeiterstaats nach dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes. Am 3. Januar kam eine Viertelmillion Menschen zum Protest in den Treptower Park gegen die abscheuliche Nazi-Schändung des Ehrenmals für die Rote Armee, die das Land vom Hitler-Nazi-Regime befreit haben.

Die Bourgeoisie sah den Anfang einer politischen Revolution, die die verknöcherte stalinistische Bürokratie durch die politische Macht der Werktätigen ersetzen und den Weg zum wirklichen Sozialismus eröffnen würde. In Reaktion darauf steigerten die Imperialisten ihre Versuche, die DDR in die BRD hineinzuzwingen. Sozialdemokraten und Christdemokraten in Bonn verlangten eine Währungsunion, die die kollektivisierte Wirtschaft der DDR den Frankfurter Bankiers unterordnet. Modrow erklärte sich zu „Deutschland einig Vaterland“.

Zur gleichen Zeit organisierte die deutsche Bourgeoisie eine Kampagne, die Wirtschaft zu stören und zu „destabilisieren“. „Das geplante Chaos: Wie Bonn die DDR-Wirtschaft kaputtmacht“, lautete eine Überschrift des westdeutschen Magazins *Stern* (12. März). Gerüchte über Mängel führten zu Hamsterkäufen; in Berlin verdoppelten sich innerhalb eines Monats die Einkäufe von Fleisch.

Eine schlagkräftige proletarische Führung kann den Ausverkauf stoppen, wenn sie harte Klassenkämpfe führt. Ein solcher Kampf kann Millionen mobilisieren. Frauen werden besonders stark durch Sozialabbau getroffen werden, die Kinderbetreuung und Kindergärten sowie Mietsubventionen für alleinstehende Mütter betreffen.

Zehntausende von ausländischen Arbeitern aus Angola, Kuba, Mosambik, Vietnam und anderswo sind in Gefahr, nach Hause geschickt zu werden (d. h. Massendeportationen). 2,7 Millionen Rentner werden auf ihr Existenzminimum gedrückt werden, abhängig von sozialen Institutionen, deren Budget wahrscheinlich massiv gekürzt werden wird. Und die Machthaber in Bonn kündigen schon ihre Pläne an, das neue Gewerkschaftsgesetz hinwegzufegen in einer allseitigen Offensive, um den FDGB zu zerstören.

Mit Kohl an der Spitze des Ansturms, und zu einem guten Teil durch das Instrument der SPD, wollen diejenigen, die jetzt an die Macht kommen, eine zweistufige Lohnstruktur zwischen Ost und West einführen, die die Arbeiter der DDR besonderer Ausbeutung unterwerfen würde. Ohne Zweifel werden sie unter dem Deckmantel

Fortgesetzt auf S.2

EHRT OSKAR HIPPE

1900-1990

Am 13. März 1990 ist der Alttrotzkist Oskar Hippe kurz vor seinem 90. Geburtstag gestorben. Knapp sechs Wochen davor verstarb seine Frau Gertrud am 3. Februar im Alter von 88 Jahren.

Sohn eines Eisenbahnarbeiters, Mitglied des Spartakusbundes, Gründer der KPD und Trotzkist — Oskar Hippe's Leben ist ein Tagebuch der deutschen kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert. Ein Sozialist seit über 70 Jahren, verbrachte Hippe sieben Jahre in stalinistischen Gefängnissen, aus denen er 1956 entlassen wurde.

Kurz nachdem Hippe auf der 1.-Mai-Kundgebung 1916 Karl Liebknecht hatte reden hören, trat er dem Spartakusbund bei und nahm später an dem Spartakusaufstand von 1918/19 teil und an der Gründung der KPD. Ende der 20er Jahre kämpfte Hippe gegen die stalinistische Degenerierung des deutschen und internationalen Kommunismus und beteiligte sich 1929 an der Bildung des Leninbundes als Teil der trotzkistischen Linken Opposition.

Während die KPD und die Sozialdemokraten Hitler an die Macht kommen ließen, ohne einen Kampf, bildeten Hippe und die Trotzkisten in Oranienburg bei Berlin effektive Arbeitereinheitensfront-Milizen, um die Nazis zu bekämpfen. Nachdem Hitler 1933 die Macht erobert hatte, setzte er den Kampf im Untergrund fort. Nach seiner Verhaftung im Januar 1934 wurde Hippe zwei Jahre lang im Internierungslager der Nazis bei Luckau gefangen gehalten und gefoltert. 1936 freigelassen, arbeitete Hippe in einer Tierforschungsabteilung. Dort traf er einen französischen Gefangenen, der zum KPF-Führer Maurice Thorez in direktem Kontakt stand und der in Deutschland als Zwangsarbeiter war. Unter großer persönlicher Gefahr leistete Hippe den französischen Gefangenen und Zwangsarbeitern Hilfe.

Nach der Befreiung Europas durch die Rote Armee nahm Hippe wieder gewerkschaftliche Aktivitäten auf und trat zusammen mit seinen Genossen in die rekonstituierte KPD ein, wo sie zwei oppositionelle Gruppen aufbauten. Mit der Unterstützung von Stalinisten sowie Sozialdemokraten wurde Hippe zu einem der Ortssekretäre des Berliner Gewerkschaftsrats gewählt. Als Antwort auf die Aktivität Hippe's und seiner Genossen erließ die örtliche KPD-Führung die Anordnung, daß jeder, der schon einmal aus der Partei ausgeschlossen worden sei, ihr nicht wieder beitreten könne. Hippe wurde wieder hinausgeworfen.

Auch wenn die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), deutsche Sektion der Vierten Internationale, auf etwa 50 Mitglieder begrenzt war und trotz äußerster Armut, brachte sie eine Zwei-Wochen-Zeitung heraus, *Der*

Marxist, und verbreitete die Schriften der Internationale. Bis 1947 hatten sie Gruppen im sowjetischen Sektor von Deutschland gebildet und sympathisierende Gruppen in Merseburg, Weißenfels, Halle und im Mansfeldschen Kupferbergbau. Hippe, der in Westberlin wohnte, reiste regelmäßig in den Osten, um Kontakte zu treffen und auf Veranstaltungen zu sprechen.

In seinen Erinnerungen erwähnt Hippe, daß bei einer Gewerkschaftsversammlung in Ostberlin ein russischer Offizier zu einem SED-Mitglied, das mit den Trotzkisten sympathisierte, sagte: „So wie dieser Mann spricht, sprachen bei uns die Trotzkisten!“ Hippe wurde in Halle vom russischen Militär verhaftet und wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ und „illegaler Gruppenbildung“ eingesperrt. 15 Monate lang war Hippe in „Untersuchungshaft“ und wurde wiederholt gefoltert.

Nicht gewillt, seine Überzeugungen zu verraten, machte Hippe einen Selbstmordversuch, als seine stalinistischen Gefängniswärter damit drohten, seine Frau und Tochter ins Gefängnis zu werfen und sogar zu erschießen, falls er nicht „gestehen“ würde, daß die Vierte Internationale »Agenten des amerikanischen Imperialismus“ wäre. Er wurde zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, „begründet“ mit der Verleumdung, daß die Trotzkisten „den Genossen Kirow ... ermordet“ hätten, den Leningrader Parteichef, der 1934 höchstwahrscheinlich auf Stalins Anweisungen hin ermordet wurde — die gleiche Verleumdung, mit der bei den Säuberungen von 1937/38 Zehntausende von alten Bolschewik! in den Tod geschickt wurden.

Nach seiner Freilassung erfuhr Hippe von der Spaltung in der trotzkistischen Bewegung 1953 und bekannte sich zum Internationalen Komitee, den Gegnern der pablistischen Liquidation der trotzkistischen Parteien. Trotzdem trat er nach einigem Zögern in die SPD ein. Dort arbeitete er mit verschiedenen linken Gruppierungen, darunter Studentengruppen, die sich in Richtung Trotzkismus bewegten und sich 1968 von der SPD abspalteten, als er auch austrat. In den letzten 20 Jahren focht er für die „Einheit aller Trotzkisten“, obwohl sich dieselben Gruppen in wesentlichen politischen Fragen, vor allem der russischen Frage, auf völlig entgegengesetzten Seiten befanden. Wo er gleicher Meinung war, solidarisierte er sich mit den verschiedenen Gruppen, auch mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD).

Heute kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für die Ersetzung der stalinistischen Mißwirtschaft durch die demokratische Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten, die ein Vermächtnis für Hippe's Lebenswerk sein werden. Ehrt den Genossen Hippe — unser Sieg wird auch seiner sein.

Verteidigt ...

Fortsetzung von S. 1

einer Hexenjagd gegen ehemalige SEDler versuchen, klassenbewußte Arbeiter aus den Sektoren der Schlüsselindustrien hinauszutreiben. Wir rufen die Arbeiterbewegung dazu auf, Linke in der Arbeiterbewegung, Rentner, Frauen, Kinder, Jugendliche, Studenten, ausländische Arbeiter zu verteidigen.

Wenn die PDS von einer „starken Opposition für die Schwachen“ spricht, dann meint sie Anträge, die sie in dieser konterrevolutionären Volkskammer einbringt. Und der erste Antrag, wie Gysi noch in der Wahlnacht bekanntgab, wird für eine Aufhebung der Wehrpflicht sein — ein Schritt zur Entwaffnung des Arbeiterstaats. Trotz all ihrem

Gerede über Realismus sind die Ideen, die von Gysi und Co. (wie auch der Vereinigten Linken, Die Nelken usw.) verbreitet werden, daß eine Wiedervereinigung unter Beibehaltung der sozialen Errungenschaften stattfinden kann, gefährliche und utopische Illusionen. Der Wunschtraum der PDS, eine loyale Opposition zu einer SPD-Bestattungsregierung zu sein, hat sich in Rauch aufgelöst.

Klassenbewußte -Arbeiter müssen nach den Kämpfen ausschauen, die am machtvollsten geführt werden können. Dabei müssen sie sich an ihre Klassenbrüder richten, von den sowjetischen Bergarbeitern bis zu den westdeutschen Metallarbeitern, denen jetzt eingeredet werden soll, sie müßten die Kosten des Anschlusses bezahlen, und zwar aus ihrer Lohntüte. Der Schlüssel dazu ist der Aufbau einer leninistisch-egalitären Partei. Dies ist die Aufgabe, die sich die Spartakisten gestellt haben.

Jetzt mehr als je: Solidarität mit dem Kita-Streik!

Mit einem entschlossenen „Wir streiken weiter“ antworteten die Westberliner Kita-Streikenden auf die Versuche der Gewerkschaftsführung und des SPD/AL-Senats, ihren Kampf auszuverkaufen. Die Erzieherinnen, die in 371 Kindertagesstätten den längsten Streik Westberlins seit Ende des Zweiten Weltkriegs durchkämpfen, dürfen nicht auf sich alleine gestellt bleiben!

Die Erzieherinnen und Erzieher, die seit nunmehr neun Wochen hauptsächlich auf sich alleine gestellt die Streikfront aufrechterhalten, fordern einen Tarifvertrag für mehr Stellen für Erzieher und kleinere Gruppen in den Kindertagesstätten. Doch selbst für diese dringend notwendigen Verbesserungen in den überfüllten Westberliner Kitas haben die Führungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die bei den letzten Wahlen geschlossen für den SPD/AL-Senat gestimmt hatten, bisher nur halbherzige Solidaritätserklärungen abgegeben. Der jetzt hinter verschlossenen Türen ausgemauerte Ausverkauf, von der Gewerkschaftsführung als „Kompromiß“ angepriesen, wurde von den Streikenden empört zurückgewiesen: „Für so einen Scheiß* habe man nicht neun

Wochen lang gestreikt, stellte eine Kreuzberger Kita-Leiterin fest“ (*taz*, 17. März). Notwendig ist die kraftvolle Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung, besonders von GEW und ÖTV, die selbst vor Tarifverhandlungen stehen. Arbeiter der Müllabfuhr, die bereits bei ihrem Warnstreik gezeigt haben, daß sie bereit sind zu kämpfen, müssen zusammen mit Bus- und U-Bahnarbeitern und mit allen Lehrern in Solidarität mit den Kita-Erzieherinnen und für ihre eigenen Forderungen in Streik treten. Wie wir in einem Solidaritätstelegramm an die Kita-Streikenden anlässlich des Internationalen Frauentags schrieben:

„Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung senden anlässlich des Internationalen Frauentags ihre solidarischen Grüße an die Kita-Streikenden. Wir stehen dabei gemeinsam mit Eltern und Gewerkschaftlern in der kapitalistischen Inselstadt Westberlin sowie mit den Frauen der DDR, die sich heute gegen Angriffe auf ihre sozialen Errungenschaften und gegen eine kapitalistische Restauration verteidigen müssen. Euer Streik ist ein Kampf für uns alle! Sieg dem Kita-Streik!“

Lynchjustiz in USA Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Das Leben Mumia Abu-Jamals ist bedroht. Mumia, ein schwarzer Journalist aus Philadelphia/USA, sitzt in der Todeszelle, ungerechtfertigt verurteilt aufgrund der Anklage, einen Polizisten ermordet zu haben. Die Verurteilung zur Todesstrafe basierte auf Mumias Mitgliedschaft in der Black Panther Party 12 Jahre vorher. Jetzt hat der Supreme Court von Pennsylvania (das letztinstanzliche Berufungsgericht auf Bundesstaatsebene) innerhalb eines Jahres schon zum zweiten Mal Mumias Berufungsantrag abgewiesen, was bedeutet, daß es jetzt keine gesetzlichen Barrieren gibt, um eine Hinrichtung dieses Vorreiters der Unterdrückten in Pennsylvania zu verhindern.

Als Rundfunkreporter ist Mumia, die „Stimme der Entrechteten“, weit bekannt geworden für seinen mutigen Kampf gegen die rassistische, kapitalistische Herrschaft. Mumia ist Unterstützer der MOVE-Gemeinschaft und mußte, schon im Gefängnis, erleben, wie sich die rassistische Fratze des bürgerlichen Staates offen zeigte, als 1985 in Philadelphia ein Bombenangriff auf das MOVE-Haus elf Menschen, darunter fünf Kinder, tötete und ein ganzes schwarzes Wohnviertel zerstörte.

Doch Mumia Abu-Jamal ist ungebrochen. Selbst aus dem Gefängnis heraus führt er seinen Kampf weiter. Eine regelmäßige Kolumne von ihm erscheint in mehreren Zeitungen. Aus der Todeszelle heraus unterstützt er den Kampf gegen den Ku Klux Klan. So sandte er eine Botschaft an die Einheitsfrontdemonstration gegen den KKK am 5. November 1988, die vom Partisan Defense Committee (PDC) organisiert wurde, einer klassenkämpferischen nichtsektiererischen Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die politisch verbunden

ist mit der Spartacist League/U.S. (IKL). In seiner Botschaft entlarvte er auch den Rassismus des Imperialismus, „denn Rassisten, die weit tödlicher sind, sitzen da in ihren schwarzen Roben und schicken Schwarze, Spanischsprachige und Arme ins Gefängnis, wo der Staat den Sklavenhalter spielt.“

Das PDC hat eine internationale Protestkampagne gestartet und in mehreren Städten Veranstaltungen organisiert, um das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten. Am 24. Februar fand in Atlanta eine machtvolle Veranstaltung statt, die unterstützt wurde von Gewerkschaften, Schwarzen und anderen Gegnern der barbarischen Todesstrafe: „Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal.“

In seinem Redebeitrag stellt der Sprecher des PDC fest: „In diesem Land beginnt alles mit der Sklaverei. Die Gesetze der Sklaverei haben die Tötung eines Sklaven zu einem offiziellen Vergehen gemacht, aber tatsächlich war es extrem selten, daß eine weiße Person jemals verurteilt, oder auch nur angeklagt wurde wegen der Tötung eines Sklaven . . . zwischen 1930 und 1967 waren zwei Drittel aller Hingerichteten schwarz, während Schwarze weniger als 12 Prozent der U.S.-Bevölkerung ausmachen. Heute vegetieren landesweit fast 2 200 Gefangene in der Todeszelle.“

Dies ist das „demokratische“ Gesicht des führenden imperialistischen Staates, des sogenannten „freien Westen“. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) stehen Seite an Seite mit dem PDC und den anderen Gegnern der Todesstrafe. Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Für Arbeitermobilisierung gegen rassistischen Terror

Folgende Presseerklärung der SpAD wurde am 7. März verbreitet.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert dringend alle Werktätigen der DDR, der BRD und Westberlins auf, gegen den zunehmenden rassistischen Terror zu mobilisieren. Wir verurteilen den brutalen Mord an Mahmud Azhar, einem Studenten an der Freien Universität in Westberlin. Mahmud Azhar ist vor einigen Tagen im Krankenhaus gestorben, nachdem er am 7. Januar von einem Rassisten aus der DDR angegriffen worden war, als er das Institut für Biochemie an der FU verließ. In deutschnationalem Blutrausch schrie sein Mörder „Deutschland den Deutschen“, ehe er Azhar mit einem Feuerlöscher den Kopf blutig schlug. Die Polizei ignorierte Azhars Hilferuf und reagierte erst, als sie noch einen zweiten Anruf von einem Taxifahrer erhielt. Wir sagen: Dies ist die blutige Logik von „Deutschland, einig Vaterland“!

Am 15. März haben Nazis ein jüdisches Mahnmal an der Putzitzbrücke im Bezirk Tiergarten in Westberlin grotesk geschändet, das an Berliner Juden erinnert, die in Hitlers Konzentrationslager verschleppt wurden. Seine heutigen Anhänger hinterließen einen Schweinekopf und eine üble antisemitische Schmähchrift mit Hakenkreuzen. Dieses Mahnmal ist damit in wenigen Monaten schon zum zweiten Mal von Nazis geschändet worden.

Die Kampagne zur Wiedervereinigung hat rechtsradikalen und rassistischen Kräften Aufwind gegeben und auch zunehmend zu Angriffen auf unsere im Ausland geborenen Kollegen in der DDR geführt. Die Regierung von Modrow und dem Runden Tisch ist mitschuldig an der Schaffung dieser finsternen Atmosphäre des Chauvinismus und Rassismus durch ihre diskriminierende Behandlung der ausländischen Arbeiter in der DDR. Und die Einladung der Regierung an das ausländische Kapital wird die ausländischen Arbeiter als erste und am härtesten treffen. Vielen droht schon die Entlassung und im Anschluß daran die Abschiebung. Der BGL-Vorsitzende des IFA-Werk in Ludwigsfelde hat neulich gesagt, daß die rund 1000 ausländischen Arbeiter, die dort beschäftigt werden, „nach der Wahl . . . vermutlich stufenweise in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden“.

Hans-Dieter Otto, einer der Kandidaten der SpAD im Wahlbezirk Berlin, hat eine Erklärung abgegeben, in der er öffentlich den undemokratischen Ausschluß der ausländischen

Arbeiter und ihrer Familien von der Wahl am 18. März verurteilt: „Ich bin dafür, als Arbeiter von Bergmann-Borsig, der mit ausländischen Kollegen aus Vietnam und aus Mosambique zusammenarbeitet, daß diese, wenn sie in der DDR arbeiten, das gleiche Recht haben zu wählen wie alle DDR-Bürger.“

Die Volkskammer sagt, daß unsere ausländischen Kollegen bei den Kommunalwahlen am 6. Mai das Wahlrecht haben werden. Wir verlangen, daß sie auch jetzt schon, bei den Volkskammerwahlen am 18. März, das Wahlrecht haben müssen, wo es in einem Volksentscheid um die Zukunft unseres Arbeiterstaats selber geht. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft für volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familien.

Die 250 000 Menschen, die in Treptow am 3. Januar gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestiert haben, zeigen die Kraft, die in der DDR organisiert werden kann, um gegen Hitlers Nachfolger zu kämpfen und sie zu besiegen. Wir sind stolz auf die zentrale Rolle, die wir bei der Initiierung der antifaschistischen Demonstration in Treptow gespielt haben. Jede Stimme für die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei den Wahlen am Sonntag ist eine Stimme für eine Strategie des Klassenkampfes, um die Faschisten zu stoppen und um Rassismus und nationalistischen Chauvinismus zu bekämpfen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft alle Arbeiter und Soldaten in unserem Arbeiterstaat — DDR-Bürger und im Ausland geborene Bürger, NVA-Soldaten und sowjetische Soldaten — dazu auf, sich zusammenzuschließen im Kampf gegen rassistischen Chauvinismus und kapitalistische Wiedervereinigung. Wir rufen alle Arbeiter dazu auf, gegen Abschiebungen unserer ausländischen Kollegen zu kämpfen. In den letzten Monaten haben die Spartakist-Gruppen Zehntausende unserer internationalistischen Grüße auf spanisch, vietnamesisch, polnisch und russisch an unsere ausländischen Arbeiter und Genossen sowjetischen Soldaten verteilt. In einem Arbeiterrätedeutschland wird es einen vollwertigen und gleichen Platz für die Werktätigen aller Nationalitäten geben.

17. März 1990



Abonniert Spartakist, Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestellt bei: Postfach 2002, Berlin 1026

Zu beziehen über Kontaktadressen, Einzahlungen an:
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
Land/Bezirk: _____ Tel: _____

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST



Extrablatt

Mittwoch, 14. März 1990

Arbeiter von Leuna: Vorsicht vor Betriebsräte-Kampagne der Kapitalisten!

Sie wollen unsere Betriebe übernehmen oder dicht machen

Am 15. März sollen Betriebsräte von BASF zum Leunawerk kommen, um das BRD-Modell „Mitbestimmung“ zu verkaufen. Sie wollen mithelfen, daß diese Nachfolgesellschaft von IG Farben und andere Westkonzerne unsere Betriebe aufkaufen oder stilllegen können. Das ist keine „Demokratisierung der Wirtschaft“, sondern ein Schmähdgeschäft. Zweck: die Arbeiter sollen an ihrer eigenen Enteignung und Ausbeutung teilnehmen.

SPD, PDS, West-Bosse und auch angebliche Linke beteiligen sich an diesem Betriebsrat-Trick. Es geht hier um den Ausverkauf unserer VEBs, der Werktätigen und der DDR überhaupt. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt klipp und klar: Statt Betriebsräten, die dem Kapitalismus den Weg bereiten, brauchen wir Arbeiterräte, um unsere kollektivisierte Wirtschaft zu verteidigen.

Wie ist das zu machen? Ganz einfach, indem alle Abteilungen ihre Vertreter wählen, die sich dann mit den Abgesandten von anderen Betrieben in einem gemeinsamen Rat zusammenschließen, um die Arbeiterinteressen durchzusetzen.

Vertreten die BRD-Betriebsräte die Sache der Arbeiter? Keineswegs. Hierzulande ist man sehr wenig darüber informiert. Aber schauen wir mal das westdeutsche Betriebsverfassungsgesetz an. Da steht es wortwörtlich:

- „Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig.“ Die Betriebsräte sind angewiesen, „Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitslauf oder der Frieden des Betriebs beeinträchtigt werden.“
- „Der Betriebsrat darf nicht durch einseitige Handlungen in die Leitung des Betriebs eingreifen.“
- Mitglieder der Betriebsräte sind „verpflichtet, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse . . . nicht zu offenbaren.“

Das heißt also: Streikverbot, Burgfrieden mit dem Kapital, Ausschluß aus Leitungsentscheidungen und Schweigepflicht über „Geschäftsgeheimnisse“ wie z.B. geplante Entlassungen. Offensichtlich dienen solche Betriebsräte Modell SPD nur dazu, den Klassenkampf der Arbeiter zu verhindern.

Und in der Praxis: als die HDW-Werftarbeiter in Hamburg 1984 den Betrieb besetzten, um angekündigte Entlassungen zu verhindern, versuchte der Betriebsrat zuerst, die Entlassungen vor den Arbeitern geheimzuhalten, dann sabotierte er die Betriebsbesetzung mit der Drohung einer Kündigung der ganzen Belegschaft.

Rechtlich und in ihren Handlungen sind also diese Betriebsräte — zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie — ein Werkzeug der Bosse gegen die Arbeiter. Und gerade das wollen sie uns aufzwingen! Jetzt wettern westdeutscher Arbeitgeberverband und DGB gemeinsam gegen das neue

Gewerkschaftsgesetz. Kein Wunder, denn sie haben Massenentlassungen vor, und unsere ausländischen Kollegen sind jetzt bereits von Ausweisung bedroht. Volle Rechte, staatsbürgerliche und gewerkschaftliche, für die ausländischen Werktätigen!

So bemüht sich zum Beispiel der Betriebsrat der Volkswagen A.G. um „intensivere Zusammenarbeit mit den Kollegen in den Betrieben des IFA-Kombinates“. so das Bankier-Sprachrohr *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. März). Was sie den DDR-Kollegen nicht sagen ist, daß durch das Joint venture „ein erheblicher Teil“ der IFA-Arbeiter arbeitslos werden wird. Laut IFA-Generaldirektor Voigt sogar 60 bis 70 Prozent.

In der letzten Nummer von *Spartakist* (1. März 1990) ist eine geschichtliche Darstellung über Betriebsräte und Arbeiterräte in Deutschland zu lesen („Wie die SPD die Rätewelt sabobierte“). Darin wird berichtet, wie das Betriebsrätegesetz von 1920 mit der blutigen Unterdrückung von Arbeiterprotesten durchgesetzt wurde. Ebenso diente die sogenannte „Mitbestimmung“ nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, kämpferische Betriebsräte zu zerschlagen. Bereitet Euch zum Kampf vor — kauft *Spartakist*!

Heute sind westdeutsche Kapitalisten, Sozialdemokraten und stalinistische Ausverkaufs-Bürokraten dafür, Betriebsräte zu gründen, um Klassenkollaboration zu betreiben. So soll der Anschluß auf Betriebsebene aussehen: die Errichtung von Betriebsräten soll die Einführung des Kapitalismus begleiten.

Aber die Leuna-Arbeiter haben eine lange Tradition des Kampfes, von den Märzkämpfen 1921 bis zum Arbeiteraufstand vom Juni 1953 gegen den Stalinismus.

Am 6. März richtete die Gewerkschaftsgruppe der Abteilung Harnstoffe des VEB Leunawerke eine Resolution an die Volkskammer, worin sie „die Umwandlung unserer volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften“ als den „ersten Schritt zur Reprivatisierung unserer Industrie“ verurteilt.

Das Privatisierung-Gesetz wurde beschlossen und danach vom Runden Tisch bestätigt. Es gilt zu kämpfen, wobei die Arbeiterklasse auf die unabhängige Mobilisierung ihrer eigenen Kraft setzen muß. Wir müssen gemeinsame Sache machen mit den westdeutschen Arbeitern gegen die kapitalistischen Ausbeuter, die ihre Profitgier jetzt auch auf die DDR ausdehnen wollen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber sagt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Gegen die Privatisierung der VEBs! Stoppt den Ausverkauf — Arbeiterräte an die Macht!

Wählt Spartakist, Liste 21, am 18. März.!

14. März 1990

KPDler sagt: Wählt SpAD in Halle

14.03.90

An meine Genossen im Bezirk Halle:

Wie Ihr wißt, kandidiert die KPD im Bezirk Halle nicht. Es stellt sich also für uns die Frage: wen wählen am 18. 3.? Wenn ich mir die Wahlprogramme der linken Kräfte anschau und nach Ähnlichkeiten mit dem Wahlprogramm der KPD suche, finde ich einige. Welcher Punkt aber ist entscheidend, welcher bestimmt alles andere?

Meiner Meinung nach ist Folgendes entscheidend:

1. Anschluß der DDR — ja oder nein
(auch eine Konföderation läuft letzten Endes auf Anschluß hinaus)
2. Was tun, wenn ein solcher nicht mehr verhindert werden kann
Zu 2. finde ich in wenigen Programmen Antwort, die hoffen lassen. Zu 1. fast nirgends.

Die KPD sagt: kein Anschluß, und passiert es doch, dann wollen wir . . . (brauche ich euch ja nicht zu erzählen). Aber gibt es noch eine Kraft, die eindeutig gegen eine

kapitalistische Wiedervereinigung ist? In der Vereinigten Linken gibt es solche Kräfte, aber es gibt dort auch andere.

Eine einzige Partei wäre da noch: die SpAD. Sie hat das Manko zu Punkt 2 (was, wenn doch) nichts zu sagen. Sie konzentriert sich voll auf den Kampf dagegen. Nun muß ich dazu sagen, daß die SpAD eine trotzkistische Partei ist. Aber wir sollten uns nicht dadurch abschrecken lassen, denn

1. ist das Programm entscheidend,
2. waren nach 1925 etliche Trotzkisten in der KPD und
3. nennen sie sich S p a r t a k i s t - . . . , also nach dem Vorgänger der KPD.

Außerdem geht es nicht um Trotzki, sondern um die DDR. Kann ich Euch nun empfehlen SpAD zu wählen? Ich glaube ich kann. Sicher bin ich mir jedoch, daß auch aussichtslos erscheinende Kämpfe erst einmal ausgefochten werden müssen.

In nachdenklicher Entschlossenheit,
J. A. C.
Mitglied der KPD Merseburg

Ehrenmal für Märzkämpfer in Leuna geschändet

Am 23. März 1921 beschlossen die Leuna-Arbeiter dem Aufruf der Bezirksleitung der KPD folgend in den Generalstreik zu treten. In der Nacht vom 28. zum 29. März 1921 griffen Polizeieinheiten und Reichswehr der Weimarer Republik das Werk an. Die Mehrheit der kämpfenden Leunaproleten gerieten in die Hand der Reaktion. Drei Tage herrschte in Leuna der Ausnahmezustand, über 2000 Leunaproleten wurden in unseren Düngemittelsilo eingekerkert, mehr als 50 Arbeiter wurden dabei ermordet. Neun der gefallenen Genossen wurden danach — weil der zuständige Pfaffe ein normales Begräbnis verweigerte — auf dem Gänseanger in Leuna-Kröllwitz verscharrt.

1927, nach sechs Jahren, wurde endlich durch den Vorsit-

zenden der KPD ein würdiges Ehrenmal für die Opfer der Reaktion in Leuna eingeweiht. An dieser Manifestation nahmen mehr als 20 000 Proleten teil. Nachdem die Nazis das Ehrenmal der gefallenen Kämpfer für die Gerechtigkeit dem Erdboden gleichgemacht hatten, wurde diese Gedenkstätte nach dem Sieg der Roten Armee über das National-sozialistische Deutschland neu errichtet.

Inzwischen haben Reaktionäre den Ehrenfriedhof der in Leuna während der Naziherrschaft ermordeten Zwangsarbeiter geschändet. Nun kam es in der Nacht vom 4. zum 5. März 1990 — ausgerechnet am Geburtstag von Rosa Luxemburg — zur Schändung des Ehrenmals der Märzkämpfer.

Leuna-Arbeiter, reicht es euch immer noch nicht? Besinnt euch auf eure revolutionären Traditionen! Verlangt die sofortige Wiederherstellung des Ehrenmals! Wählt Spartakist!
Klaus N.
BD. Stickstoff

Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

LJ. Nundel
Postamt 25, Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock« Postlag. 01
Rostock 2500

Wählt SPARTAKIST

NVA-Offizier ...

Fortsetzung von S.8

tion, wenn man dieses als Gesamtprozeß sieht, auch zunehmend auf die führenden kapitalistischen Länder ausdehnen.

Ja, und die Politik Gorbatschows, ich gebe ihr keine Zukunft. Wenn Gorbatschow nicht selber bricht, sich selber um 180 Grad dreht, die gegebene Lage erkennt, und vor allen Dingen sofort was unternimmt, um nämlich diese revolutionäre Situation in die entwickelten kapitalistischen Länder zu tragen. Das heißt, z.B. kommunistische internationale Bewegungen zu unterstützen, die Initiative zu ergreifen, wie es Lenin mal gemacht hat, um eine starke internationale kommunistische Bewegung zu schmieden. Und aufhören würde mit dem Burgfrieden, den man geschlossen hat mit dem Kapitalismus, und die sozialdemokratischen Tendenzen, die jetzt gemacht werden.

Im Moment sieht es so aus, daß die Avantgarde jetzt aus der westlichen Welt, das Proletariat, zu uns kommt. Weil wir revolutionäre Babys sind, revolutionäre Kinder, die die ersten Schritte machen, die vom Stalinismus gelähmt waren. Und für uns wird jetzt eine Welt eröffnet, wo wir uns erst einen Überblick verschaffen müssen. Und das heißt also, zum Beispiel, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands überholt sozialdemokratische Kräfte und Tendenzen bei uns, schafft hier erstmal wieder eine Avantgardepartei.

Das muß aber wieder eine Dialektik werden, oder eine Wechselwirkung. Wir wollen auch schöpfen. Wir suchen den Kontakt mit dem Proletariat der kapitalistischen Länder. Denn hier ist der scheinbare Sozialismus gescheitert. Jetzt fragt man die Arbeiter des kapitalistischen Landes, geht es dir wirklich so besser? Oder wollen wir beide zusammen die bewußte Revolution, von der mal schon seit Urzeiten geredet wird, jetzt endlich machen?

Auseinandersetzungen, auch bewaffnete Auseinandersetzungen, kann es geben, bei dieser Weltrevolution, die angestrebt wird. Ich setze aber Weltrevolution nicht mit kriegerischen Auseinandersetzungen gleich. Wir sind Militärs, Kommunisten, und wenn es solche begrenzten Konflikte gibt, muß es fähige Militärs geben, muß es

organisierte Arbeiterarmeen geben, Volksarmeen, Generäle des Volkes, die das sachkundig führen.

Und die Profilierung der Arbeiter kann nur erfolgen, auch in diesem Land und überhaupt, in allgemeiner Wehrpflicht. Wenn die allgemeine Wehrpflicht fällt, bildet sich automatisch eine Berufesoldatenkaste heraus, die sich abspaltet und abkapselt vom Proletariat, und die Gefahr des Rutsches und der Verselbständigung. Es muß wirklich im allgemeinsten Sinn eine allgemeine Wehrpflicht geben, aber jemand, der nicht für uns dienen will, der nützt uns nichts, der schießt uns nämlich im Ernstfall in den Rücken. Damit hatte ich jahrelang unter dem stalinistischen System zu tun als Offizier, daß ich mit Soldaten ins Gefecht gehen mußte, die nicht für uns gekämpft hätten.

Klassenlose Gesellschaft ist angestrebt von den Kommunisten. Über das Beamtentum diszipliniert der Kapitalist die Arbeiterschaft. Diese Schicht führt den Knüppel gegen das Proletariat. Wenn hier heutzutage ein großer Teil der stalinistischen Beamten jetzt offiziell nach dem Beamtenstatus ruft, ist das offene Konterrevolution. Das wäre ein großer gesellschaftlicher Rückschritt, und der Kapitalismus würde ein Mittel in die Hand bekommen in diesem Land, um wieder die Knute führen zu können.

Das wäre einer der wichtigsten Punkte auch für die Armee. Kein Beamtenstatus! Keine Abspaltung von der Arbeiterklasse! Meine Eltern sind Arbeiter, nicht Beamte. Ich will nicht Beamter werden. Ich wäre zwar sozial sicher, aber ich bin Kommunist. Ich bin kein Büttel, sondern ich stehe im Dienste des Volkes. Ich werde natürlich niemals gegen das Volk handeln.

Zu dem Dienen von Ausländern in unserer Armee. Ich bedaure es und andere bedauern es auch, daß mit dem neuen Wahlgesetz einfach die Sache, daß Ausländer hier wählen dürfen, unter den Tisch gekehrt wurde. Jeder, der diese kommunistische Idee verteidigt, der kann sowohl in dieser Armee als auch in einer anderen internationalistischen Armee dienen. Wenn ich hier als roter Offizier stehe, stehe ich nicht nur für dieses Volk, dann stehe ich für alle Kommunisten der gesamten Welt. Es wäre also ein Signal, wenn mit dieser Armee auch Ausländer dienen dürfen.

Sie haben den falschen Wagen geklaut

Schon bald nach dem Zusammenbruch des Honeckerregimes stießen eine Reihe von Menschen zu uns — einige, weil sie von unseren Ideen angezogen wurden, andere, weil wir prominent geworden waren. Und wer wußte damals, was in der Zukunft passieren würde?

Um es kurz zu machen, zwei Typen namens Günther und Dieter und einige ihrer Freunde haben sich aus unserer Organisation davongemacht, unter Mitnahme verschiedener Vermögenswerte, einschließlich Autos, Geld von unserem Organisationskonto, an uns gesandte Post, und Bücher. Von Trotzlisten zu stehlen und dabei vorzugeben, selbst Trotzlisten zu sein, wird weder ihrer Karriere als angebliche Linke noch als Diebe nutzen, besonders wenn sie mit all den anderen Schwindlern in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland konkurrieren müssen.

Sie zeigten ihre tiefgehenden politischen „Differenzen“ mit der SpAD, indem sie sich bei der Regierung der DDR unter Vorlage von exakt identischen Kopien des Statuts und Programms der SpAD registrieren ließen. Enttäuschte Erwartungen sind eine gefährliche Angelegenheit, und diese Leute können irgendwo oder nirgends wieder auftauchen.

Linke deutsche Arbeiter sollten besonders zwei Dinge im Auge behalten: Das erste sind die Volksfrontambitionen der PDS und ihrer Satelliten, die wirklich „rote Seifenblasen“ verbreiten, während der westdeutsche Imperialismus gierig die DDR verschlingt. Und die zweite Sache, die besorgniserregend ist, sind angebliche Linke, deren Haß auf den

Stalinismus sie unauffällig dazu geführt hat, das Land der russischen Revolution, in der Lenin, Trotzki und Swerdlow an prominenter Stelle gestanden haben, mit der Herrschaft der Zaren gleichzusetzen. Dies gilt für Organisationen wie BSA, MLPD, die KPD-MLs, Gruppe Arbeitermacht.

Die Arbeiter sollten besser wissen, und sie werden es zunehmend bitter erfahren, daß Deutschland mit einem Vierten Reich nicht in eine Periode von immer mehr Glück, Macht, Warenproduktion, Konsum und immer weiterer Expansion eintritt. Die deutsche Bourgeoisie glaubt, daß sie mit der Einverleibung der DDR ihre Niederlage von 1945 rückgängig machen kann. Sie baut eine neue imperialistische Großmacht auf, um Europa dominieren zu können, und der *Drang nach Osten* ist nur einer ihrer Wege.

Eine Menge von Kämpfen steht bevor. Teilen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen in Mittel- und Osteuropa wird der Kampf aufgezwungen. Unsere Aufgabe ist es, diese Kämpfe zu verstehen und zu führen, dies kann zusammen mit der Theorie nur in der Praxis getan werden. So daß Europa und die Welt zuguterletzt, nach schrecklichen Kriegen, Ausrottung und Not, dem schrecklichen Völkermord entrichten kann, der mit dem 4. August 1914 angefangen hat.

Anmerkung: Es ist möglich, daß Briefe an unsere ehemalige Postlagerkarte oder Geld an unser ehemaliges Konto nicht angekommen ist. Bitte richtet alle Korrespondenz an: SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026. Überweist Geld an: Konto der Spartakist-Gruppe, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496, Kennwort "SpAD",

Über die Verteidigung der DDR: Interview mit einem NVA-Offizier

Am Mittwoch traten Soldaten des NVA-Wachregiments Friedrich Engels, das die Ewige Flamme beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus Unter den Linden bewacht, in einen Warnstreik für bessere Lebensbedingungen und für Fortsetzung ihrer Dienstzeit im Zivildienst. Am Ende des Monats soll das ehemalige Wachregiment Feliks Dzierzynski aufgelöst werden, seine früher 10 000 Mann wurden bereits ausgemustert. Wenn die westlichen Medien über eine bevorstehende Auflösung der Nationalen Volksarmee reden, ist das keine Erfindung.

Während die -militärische Führung von einer „Militärreform“ spricht und unsinnigerweise von einer integrierten NVA-Bundeswehr unter der Flagge der deutschen Wiedervereinigung träumt, wächst an der Basis der Volksarmee die Unruhe. Im letzten Monat haben sich Soldatenräte der 43. Fla-Raketenbrigade Erich Weinert an den Runden Tisch gewandt, der ihnen die kalte Schulter zeigte, als sie sich in einer Erklärung beschwerten, daß „die Soldaten und Unteroffiziere um ihre Arbeitsplätze, Wohnungen und die soziale Absicherung ihrer Familien bangen“. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert, daß jeder Soldat nach Beendigung seines Militärdienstes an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann, ein Recht, das jetzt durch Einführung der Marktwirtschaft bedroht wird.

Die SpAD ruft dazu auf, demokratisch gewählte Soldatenräte in der ganzen NVA zu organisieren, die der unbeugsamen Verteidigung der DDR gegen den Imperialismus verpflichtet sind, und eine starke proletarische militärische Macht zu schaffen, in der Ränge und Privilegien abgeschafft sind. Wir stimmen mit Lenin überein, der eine bewaffnete Arbeitermiliz befürwortete, jedoch können wir in der gegenwärtigen Situation angesichts schwerbewaffneter imperialistischer Armeen nicht ohne stehendes Heer auskommen. Heute, angesichts des zunehmenden Drangs nach Anschluß der DDR an das kapitalistische Westdeutschland müssen wir gegen die Hexenjagd auf jetzige und ehemalige SED/PDS-Mitglieder bei den bewaffneten Organen ankämpfen.

Nachstehend drucken wir Auszüge eines Interviews mit einem Offizier der NVA vom 3. März ab, der ein Anhänger der Kommunistischen Plattform der PDS ist. Während unsere Auffassungen sich nicht in allen Punkten decken, schafft die gemeinsame Verpflichtung auf Internationalismus und die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter die Basis für einen wirklichen Dialog.

ARPREKORR: Es gibt in der letzten Zeit viele Berichte, daß die NVA aufgelöst wird, als Vorbereitung für eine Wiedervereinigung, um die NATO und Bundeswehr in der DDR zu stationieren. Ist das wahr?

Antwort: Bestrebungen gibt es in sehr viele Richtungen, genauso wie beim politischen Spektrum in diesem Land, zeigt es sich in der Armee, es widerspiegelt sich. Ich kann es vom Standpunkt eines Kommunisten sehen. Und ich sage, es gibt die Vorbereitungen rechter Kräfte, die möchten den Beamtenstatus, die möchten in die Bundeswehr aufgenommen werden.

Es gibt genauso Kräfte, die die wichtige Rolle dieser Armee für dieses Land erkannt haben und für die weltpoli-

tische Lage. Die sagen, die Armee ist notwendig, da sie ein entscheidender Faktor für die Eigenstaatlichkeit ist, ein entscheidender Faktor, das Volkseigentum in diesem Land zu erhalten. Das ist nämlich die letzte Hürde, die der Kapitalismus nehmen müßte, um dieses Volkseigentum zu bekommen. Die Armee würde ihn immer da dran hindern.

Die Armee wurde im relativ kommunistischen Sinne erzogen und strukturiert. Es sind viele Leute darin enthalten, besonders auch Offiziere, die kommunistischen Idealen folgen, die niemals sich gegen das Volk stellen würden und die sehr wohl begreifen, wie wichtig ihre Rolle ist, auch international. Wer die NVA auflöst, löst hier endgültig die Möglichkeit auf, eine sozialistische Alternative zu schaffen.

Wir versuchen, uns als Kommunisten zu beteiligen an der Gründung einer Gewerkschaft, daß diese Armee unannehmbar wird für z.B. die NATO und die Bundeswehr. Anfang Januar gab es einige Sachen, wo Soldatenräte gestreikt haben. Das schwappte über auf die Bundeswehr und spiegelte sich dort genauso wider. Man hatte große Angst, daß das größere Ausmaße annehmen könnte in der Bundeswehr.

Auch jetzt, was jetzt gefordert wird, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, kann auch Konsequenzen haben für die NATO-Armeen, besonders für die Bundeswehr. Aber man kann nicht total abrüsten und sich sagen, „na der andere wird das schon hinterhermachen.“ Denn wer total abrüstet, der zieht die weiße Flagge hoch und übergibt sein Land dem anderen. Das wäre naiv, zu denken, daß wir abrüsten und die anderen rüsten auch ab. Das geht nur in beiderseitigen Schritten.

ARPREKORR: Nun, daß die Rote Armee eine zurückhaltende Rolle gespielt hat, bedeutete, die Revolution [in der DDR] konnte friedlich laufen. Und das war eine gute Entwicklung. Aber natürlich ist es ganz widersprüchlich, weil die Gorbatschow-Politik ein grünes Licht zu kapitalistischer Wiedervereinigung gibt. Was denkst du, werden die Auswirkungen in der DDR und Sowjetunion in Bezug auf diese Politik sein, und bei der Sowjetarmee?

Antwort: Zu Gorbatschows Politik sehe ich das eindeutig so: Er kämpft im Moment mit dem Fakt, daß die Theorie vom Sozialismus in einem Staat gescheitert ist und akzeptiert das noch nicht im vollen Umfang. Der Prozeß, der in der DDR stattgefunden hat, der findet nach und nach auch — nur etwas länger, weil es ein größeres Land ist — in der Sowjetunion statt.

Im Moment läuft von unserer Seite aus gesehen ein großes gesellschaftliches Weltereignis ab. Vor uns steht jetzt die große Frage: Lassen sich die Völker der Warschauer Vertragsstaaten wirklich durch die Kapitalisten ihr Eigentum oder ihr Geschaffenes aus der Hand nehmen, oder wird man an einem entscheidenden Punkt sagen: „Bis hierhin und nicht weiter, jetzt machen wir wirklich die Revolution weiter, die wir begonnen haben.“

Die Revolution kann nämlich in eine kapitalistische Konterrevolution münden. Die Geister, die man rief, waren eigentlich ganz andere als die, die dann gekommen sind. Vielleicht zieht sich diese Revolution im Gesamtsystem über zig Jahre hin. Und vielleicht muß sich diese Revolu-

Fortgesetzt auf S. 7